

Rother Baron:

Kolonialismus heute

Zur Kontinuität kolonialer Strukturen



Zahlreiche koloniale Strukturen haben das formale Ende der Kolonialzeit überdauert. Zusätzlich sind neue Abhängigkeitsverhältnisse entstanden, durch die der Post- nahtlos in einen Neokolonialismus übergegangen ist. – Ein Überblick mit weiterführenden Links.

© [rotherbaron](#), überarbeitete Fassung 2026

Inhalt

Mythen des Kolonialismus	4
1. Der Entdeckungsmythos.....	4
2. Der Befreiungsmythos.....	4
3. Der Unabhängigkeitsmythos.....	5
Die Kontinuität wirtschaftlicher Ausbeutung	7
Kontinuität kolonialer Abhängigkeit über die Währungspolitik: der Franc CFA	7
Vorteilhaftes Ende der Kolonialzeit für die Kolonisatoren.....	8
Kontinuität und Diskontinuität in den kolonialen Strukturen	11
Gestiegenes Selbstbewusstsein ehemaliger Kolonien.....	11
Fortgesetzte Prägung der ehemaligen Kolonien durch die Kolonialzeit	11
Binnenkolonialismus	12
Formen und Triebkräfte des Neokolonialismus	14
Landgrabbing	14
Sonderwirtschaftszonen	17
Freihandel	19
Entwicklungshilfe	21
<i>Strukturelles Dilemma</i>	21
<i>Problematische Kreditvergabepraxis der Weltbank</i>	21
<i>China als Profiteur des westlichen Kolonialismus-Schattens</i> ..	22
<i>Die Austeritätsautokratie des IWF</i>	23

Fragwürdige Entwicklungspolitik im Gesundheitsbereich 24

Globalisierung 27

Was tun? 29

Die Fairtrade-Bewegung als Lösungsmodell?..... 29

Problematische Verlagerung der Verantwortung..... 29

Notwendigkeit eines wirtschaftlichen Paradigmenwechsels..... 30



Messan Edoh: Kinder in Togo (Pixabay)

Cover-Bild: Allymina: Afrikanisches Mädchen (Pixabay)

Informationen über den Autor finden sich auf seiner Website (rotherbaron.com) oder auf Wikipedia.

Mythen des Kolonialismus

Wenn in Geschichtsbüchern von "Kolonialismus" die Rede ist, so folgt die Darstellung in der Regel dem Gedanken eines Dreischritts: Nach der Erschließung zuvor unzugänglicher Gebiete in Afrika und Asien sowie der Entdeckung bestimmter Überseegebiete durch wagemutige Seefahrer wurden dort Kolonien errichtet, die dann am Ende wieder in die Unabhängigkeit entlassen wurden.

Diese Darstellung ist in mehrfacher Hinsicht fehlerhaft und weckt falsche Vorstellungen. Drei Mythen liegen ihr zugrunde:

- der Entdeckungsmythos
- der Befreiungsmythos
- der Unabhängigkeitsmythos

1. Der Entdeckungsmythos

Das Entdeckungskonzept unterschlägt, dass in den betreffenden Gebieten bereits Menschen gelebt haben, die über eine eigene Geschichte und Kultur verfügten. Die indigenen Völker werden negiert zugunsten einer fiktiven "Stunde Null", eines Eintritts der von Europa aus betrachtet "Neuen Welt" in die Geschichte, die mit dem Augenblick der "Entdeckung" der fremden Kontinente beginnt.

2. Der Befreiungsmythos

Diese Problematik macht auch die Formulierung einer "Entlassung" der Kolonien in die Unabhängigkeit unbrauchbar. Denn die Kolonien haben ja die Strukturen, die ursprünglich vor Ort bestanden, nachhaltig verändert.

Dies betrifft sowohl die kulturellen Gegebenheiten, die durch die Dominanz der europäischen Kultur in den Hintergrund gedrängt worden sind, als auch die Grenzen, welche die Kolonisatoren den Überseegebieten aufgezwungen haben. Diese nämlich orientierten sich nicht an den Lebensräumen der einheimischen Bevölkerung, sondern an den Bedürfnissen, den Kriegen und der Eroberungsgeschichte der Invasoren.

Hinzu kommt, dass sich beim Abzug der Kolonialmächte die ursprüngliche Bevölkerungsstruktur nachhaltig verändert hatte. Sie wurde nun von einer europäisch sozialisierten Elite dominiert, die für die abziehenden europäischen Kolonialherren als Statthalter in den ehemaligen Kolonien fungieren konnte. So bestanden die alten Machtverhältnisse de facto auch nach dem Ende der Kolonialzeit fort.

3. Der Unabhängigkeitsmythos

Die Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonien existierte demnach zu einem guten Teil nur auf dem Papier. Sie betraf nicht die Völker, die vor der Usurpation der Macht durch die Europäer in den betreffenden Gebieten gelebt hatten, sondern oft lediglich diejenigen, die durch die neuen Herren zu Macht und Einfluss gelangt waren. Dabei handelte es sich in vielen Fällen um eine ethnisch und/oder kulturell weitgehend assimilierte Personengruppe, welche die Unterdrückung der einheimischen Bevölkerung im Interesse des eigenen Machterhalts fortsetzte.

Vor diesem Hintergrund hat der norwegische Friedens- und Konfliktforscher Johan Galtung seine "Brückenkopf-Theorie" entwickelt. Sie besagt, dass die Kolonialmächte ihre Macht im Grunde gar nicht abgeben, sondern nach der Unabhängigkeit der Kolonien nur in-

direkter ausgeübt haben – nämlich über den schon zuvor installierten "Brückenkopf" einer in ihrem Interesse agierenden einheimischen Elite.



Joe Hillsund: Afrikanisches Kind (Pixabay)

Die Kontinuität wirtschaftlicher Ausbeutung

Die politische Unabhängigkeit der einstigen Kolonien ging folglich nicht mit einer entsprechenden wirtschaftlichen Unabhängigkeit einher. Vielmehr blieben diese in vielfacher Weise mit den Ökonomien der Kolonialmächte verflochten. Auch die Ausbeutung der Bodenschätze und der für den europäischen Markt wichtigen landwirtschaftlichen Ressourcen lag danach weiterhin zum größten Teil in der Hand der einstigen Kolonialherren.

Kontinuität kolonialer Abhängigkeit über die Währungspolitik: der Franc CFA

Besonders deutlich tritt die Kontinuität der Abhängigkeitsstrukturen bei den postkolonialen Beziehungen Frankreichs zu seinen einstigen afrikanischen Herrschaftsgebieten zutage. Das Land hatte den früheren Kolonien im Gegenzug für die Entlassung in die formelle Unabhängigkeit nicht nur Handelsverträge aufgezwungen, die französischen Konzernen lange Zeit die Ausbeutung der Rohstoffe zu weit unter den Weltmarktpreisen liegenden Konditionen ermöglichten. Zusätzlich mussten sich die ehemaligen Kolonialländer auch verpflichten, die Rohstoffe nicht an andere Staaten zu veräußern.

Außerdem sicherte sich Frankreich durch den "Franc CFA" (oder "CFA-Franc") – den Franc für die "colonies françaises d'Afrique" – dauerhaften Einfluss auf die Wirtschaft der ehemaligen Kolonien. So müssen deren Währungsreserven bis heute zu einem großen Teil in Frankreich aufbewahrt werden. Außerdem verfügt in den für den Franc CFA zuständigen Zentralbanken jeweils ein französischer Vertreter über ein Vetorecht. Eine 2019 angedachte Reform der post-

kolonialen Strukturen, die den Einfluss Frankreichs schrittweise reduzieren sollte, ist bislang nicht umgesetzt worden.

Da der Franc CFA – das Kürzel "CF" steht heute beschönigend für "communauté" oder "coopération financière" – an den Euro gebunden ist, ist den betreffenden afrikanischen Ländern auch jede Möglichkeit, über Auf- und Abwertungen ihrer Währung die wirtschaftliche Entwicklung zu beeinflussen, genommen. Dies führt zu einer chronischen Überbewertung der Währung, was eine Verbilligung von Importen und eine Verteuerung von Exporten zur Folge hat.

Der Aufbau einer einheimischen Industrie wird dadurch massiv erschwert. Überdies treibt das chronische Außenhandelsdefizit die Staatsschulden in die Höhe. So wird auch auf diese Weise die Eigenständigkeit der Volkswirtschaften in den ehemaligen Kolonien untergraben.

Vorteilhaftes Ende der Kolonialzeit für die Kolonisatoren

Das Ende der politischen Macht über die Kolonien entsprach damit letztlich nur einer Rückkehr zur Konzentration auf das ursprüngliche wirtschaftliche Kolonisierungsziel. Der einzige Unterschied war, dass die maßgeblichen Akteure nun nicht mehr die früheren großen Handelskompanien, sondern transnationale Konzerne waren, deren Dominanz durch verfestigte Wirtschaftsstrukturen begünstigt wurde.

Die Kontinuität der wirtschaftlichen Ausbeutung bei gleichzeitiger Abgabe der Verantwortung für die politische Entwicklung erwies sich für die ehemaligen Kolonialherren langfristig sogar als ökonomisch vorteilhaft. Denn auf diese Weise konnten die Mittel für die Entwicklung der lokalen Infrastruktur entweder ganz gekappt oder auf das Niveau eines Entwicklungshilfe-Almosens gekürzt werden.

Auch unter ethischen Gesichtspunkten waren die neuen Strukturen für die ehemaligen Kolonialmächte von Vorteil. Schließlich konnten sie nun nicht mehr direkt für Menschenrechtsverletzungen in den einst von ihnen beherrschten Gebieten verantwortlich gemacht werden. Sie konnten sie nun öffentlich verurteilen, während sie gleichzeitig von der harten Hand ihrer Autokraten-Handlanger in den ehemaligen Kolonien profitierten.

Wo diese Rechnung nicht aufging, zögerte man allerdings auch nicht, missliebige Politiker mit Gewalt durch willfährige Potentaten zu ersetzen. Ein berühmtes Beispiel dafür ist Patrice Lumumba, der erste Ministerpräsident des Kongos – der heutigen "Demokratischen Republik Kongo" – nach der Loslösung von Belgien.

Lumumba hatte es gewagt, sich bei der Unabhängigkeitsfeier im Juni 1960 im Beisein des belgischen Königs ausgesprochen kritisch mit der kolonialen Vergangenheit des Landes auseinanderzusetzen. Außerdem strebte er offen eine unabhängigere und stärker am Wohl des eigenen Volkes orientierte Nutzung der nationalen Ressourcen an. Daraufhin veranlassten die USA zunächst die Absetzung Lumumbas und planten schließlich sogar seine Ermordung.

Nachdem Lumumba zunächst fliehen konnte, wurde er schließlich vom damaligen Armeechef seinen innenpolitischen Gegnern übergeben, die ihn – unter Beteiligung belgischer Soldaten – im Januar 1961 töteten. Der Name des Armeechefs: Joseph Mobutu, von 1965 bis 1997 diktatorischer Herrscher über den Kongo.

Links und Literatur

Frisch, Robin: [Ungewollte Erbschaft. Franc CFA: Kampf gegen die verhasste Währung](#). IPG[Internationale Politik und Gesellschaft]-journal.de, 15. Juni 2023.

Galtung, Johan: Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung. Reinbek bei Hamburg 1975: Rowohlt.

Ders.: [Cultural Violence](#) (PDF). In: Journal of Peace Research, 27 (1990), No. 3, S. 291 – 305.

Hildebrandt, Paul: [Kolonialverbrechen vor Gericht: Wer tötete Patrice Lumumba?](#) Deutschlandfunk Kultur, Zeitfragen Feature, 1. April 2026.

Moscovici, Benjamin: [Der Westafrikanische Franc: Frankreich und der unsichtbare Kolonialismus](#). Deutschlandfunk, 20.12.2018.



Wendy Corniquet: Waisenkind in Afrika (Pixabay)

Kontinuität und Diskontinuität in den kolonialen Strukturen

Gestiegenes Selbstbewusstsein ehemaliger Kolonien

Natürlich könnte man argumentieren, dass es sich bei den beschriebenen Entwicklungen um Nachwehen gehandelt hat, um eine Übergangsphase, die mittlerweile längst in eine Periode größerer Eigenständigkeit der einstigen Kolonien übergegangen ist.

Auf ein Land wie Indien, das sich längst von der früheren britischen Kolonialmacht emanzipiert hat, trifft das sicher zu. In Einzelfällen hat sich das Verhältnis zwischen einstiger Kolonie und Kolonialmacht sogar fast schon umgedreht.

So ist Angola mit seiner boomenden Ökonomie und seinem Rohstoffreichtum mittlerweile zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor in Portugal geworden. Das Land ist heute sogar ein so bedeutender "Player" in der portugiesischen Wirtschaft, dass der angolansische Präsident Einfluss auf Korruptions- und Geldwäschermittlungen nehmen konnte, denen Vertreter seines Landes in Portugal ausgesetzt waren.

Fortgesetzte Prägung der ehemaligen Kolonien durch die Kolonialzeit

Selbst in diesen Fällen darf man jedoch nicht übersehen, in wie starkem Maße die heutige Entwicklung der betreffenden Länder von den ehemaligen Kolonialmächten bestimmt ist. So hat die Teilung Britisch-Indiens in einen muslimischen Teil (Pakistan) und einen überwiegend hinduistischen Teil (Indien) – mit den noch einmal zwi-

schen beiden Ländern geteilten Provinzen Kaschmir und Punjab als ständigen Brandherden – in mehreren Kriegen und Grenzkonflikten zu unzähligen Toten geführt. Bis heute schürt die koloniale Grenzziehung die Spannungen zwischen den Volksgruppen.

Auch in der teilweise zu sagenhaftem Reichtum gelangten angolischen Elite spiegelt sich deutlich die koloniale Vergangenheit wider. Die neuen Machtverhältnisse in dem Land beruhen exakt auf jenen an europäischen Gepflogenheiten orientierten Ausbeutungsstrukturen, wie sie Galtungs Brückenkopf-Theorie für die einstigen Kolonien diagnostiziert hat.

Damit bleiben die ehemaligen Kolonialstaaten selbst dort, wo sie sich weitgehend von den einstigen europäischen Machthabern emanzipiert haben, deren Produkt. Denn die meisten dieser Staaten würde es in der gegenwärtigen Form ohne den Kolonisierungsprozess gar nicht geben. Es handelt sich dabei jeweils um zwangsvereinigte Gebiete, die durch die Sprache und teilweise auch die Kultur der einstigen Kolonisatoren zusammengehalten werden.

Binnenkolonialismus

Die meisten dieser Länder sind Vielvölkerstaaten, in denen einzelne Völker die Hegemonie über andere Volksgruppen ausüben, was immer wieder blutige Konflikte provoziert. In anderen Fällen sind die ursprünglich ansässigen Völker vollständig enteignet und ihrer kulturellen Eigenständigkeit beraubt worden, so dass von der Unabhängigkeit der früheren Kolonie nur die eingewanderte europäische Elite profitiert hat.

Hier ist der äußere Kolonialismus also nahtlos in einen Binnenkolonialismus übergegangen. Die indigene Bevölkerung muss in diesen Fällen froh sein, wenn sie von dem gestohlenen oder von der neuen

Elite ausgebeuteten Land ein paar Reservate-Brosamen zurückerhält oder über einen Assimilierungsprozess, also die Aufgabe der kulturellen Identität, am "Segen" der Unabhängigkeit partizipieren kann.

Links

Escher, Manuel: [Korruptionsermittlungen: Ex-Kolonie Angola mischt Portugals Innenpolitik auf](#). *Der Standard*, 20. Januar 2018.

Lamant, Ludovic: ["Schmutziges Geld" aus Luanda: Lissabon verschließt die Augen](#). *Mediapart Paris*, 19. November 2013.



Isaias Bartolomeu: Afrikanische Kinder (Pixabay)

Formen und Triebkräfte des Neokolonialismus

Neben den alten kolonialen Strukturen haben sich in den vergangenen Jahren auch neue Arten von Kolonialherrschaft herausgebildet. In vielen Fällen ist dabei die von fortgesetzter wirtschaftlicher Abhängigkeit gekennzeichnete Übergangsphase nach dem Ende der eigentlichen Kolonialzeit nahtlos in neuartige koloniale Strukturen übergegangen.

Teilweise sind so auch völlig neue koloniale Abhängigkeiten entstanden. Die Formen, welche die neuen kolonialen Verhältnisse annehmen, sind vielfältig. Einige davon sollen im Folgenden kurz umrissen werden.

Landgrabbing

Beim Landgrabbing werden größere Gebiete eines Landes durch international operierende Investorengruppen, multinationale Konzerne oder auch einzelne Staaten aufgekauft oder für einen längeren Zeitraum gepachtet. Ein solcher Handel kann schlicht der Bodenspekulation dienen. Er kann aber auch zur Sicherung des künftigen Lebensmittelbedarfs der eigenen Bevölkerung gedacht sein oder im Interesse der vollständigen Kontrolle über den Abbau wichtiger Ressourcen erfolgen.

Von zunehmender Bedeutung ist dabei auch die Energiewirtschaft. Dies betrifft zum einen die steigende Nachfrage nach "grünem Gold" – also nach den für den Umbau der Energieproduktion benötigten Rohstoffen wie Lithium oder Kobalt. Zum anderen ergibt sich aber auch aus der Produktion von "Bio-Diesel" oder dem Bau von Windparks ein zusätzlicher Flächenbedarf.

Die Käufer argumentieren dabei oft, dass sie den Empfängerländern neue wirtschaftliche Möglichkeiten erschließen würden und zusätzliches Know-how ins Land brächten, wovon auch die einheimische Bevölkerung profitiere. Dieses Argument diente in der Vergangenheit auch dem deutschen Entwicklungshilfeministerium als Legitimation für die Unterstützung privater Investoren, die in Landgrabbing involviert sind (vgl. den unten verlinkten FIAN-Bericht).

De facto kommt es durch Landgrabbing allerdings regelmäßig zu Enteignungen. Denn die einheimische ländliche Bevölkerung verfügt oft nicht über formelle Besitztitel. So kommt es immer wieder vor, dass Menschen von den für das Geschäft verantwortlichen Stellen – in der Regel der eigenen Regierung oder privaten Sicherheitskräften, die von den beteiligten Unternehmen engagiert werden – von ihrem Land vertrieben werden.

Der Profit an dem aufgekauften bzw. gepachteten Land kommt dann einseitig den jeweiligen Machthabern und den ausländischen Investoren zugute. Die ehemals unabhängigen Bauern müssen danach nicht selten als abhängig Beschäftigte, teils unter sklavenähnlichen Bedingungen, auf den ehemals autonom von ihnen bewirtschafteten Feldern arbeiten, um nicht zu verhungern.

Links

Bommert, Wilfried: [Landgrabbing: Wie der Hunger nach Boden die Welternährung bedroht](#). Bundeszentrale für politische Bildung, 22. Dezember 2017.

Enger, Michael: [Deutscher Kaffeekonzern in Uganda: Bauern vertrieben, Plantage läuft](#). Deutschlandfunk Kultur, 8. Februar 2018.

Herre, Roman: [Studie zu Landgrabbing in Sambia: Deutsche Finanzinvestoren und Entwicklungshilfe beteiligen sich an der Jagd nach](#)

[Land](#); FIAN (FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk), 15. April 2014.

Landgrabbing als Themenschwerpunkt im [Weltagrарbericht](#) (mit weiteren Links).

Lanje, Kerstin: [Agrarinvestitionen in Tansania: Der Zaun bekommt Löcher](#). Interview mit Denis Mpagaze, Autor des Info-Films [Allianz der Zäune. Großflächige Agrarinvestitionen in Tansania](#). Blog.mise-reor.de, 16. Januar 2017.



Luke Savadogo: Afrikanisches Kind (Pixabay)

Sonderwirtschaftszonen

In Sonderwirtschaftszonen werden den sich ansiedelnden Firmen eine Reihe von Vergünstigungen eingeräumt. An erster Stelle stehen dabei Steuererleichterungen und erweiterte Handelsrechte, etwa durch die Aussetzung von Zollschranken. Es können jedoch auch sonst in dem Land geltende Umwelt- und Arbeitsschutzbestimmungen außer Kraft gesetzt und sogar hoheitliche Befugnisse auf die Investoren übertragen werden.

Ein Extrembeispiel für dieses Praxis ist Honduras. Dort wurde den betreffenden Unternehmen in den geplanten Sonderwirtschaftszonen faktisch eine Art exterritorialer Status eingeräumt, durch den sie weitgehend außerhalb der Gesetzgebung des Gastlandes agieren konnten. Dagegen regten sich allerdings so starke Proteste, dass der Oberste Gerichtshof des Landes die Einrichtung der so genannten "Privatstädte" 2024 für verfassungswidrig erklärte.

Die beteiligten Regierungen versprechen sich von Sonderwirtschaftszonen eine Ankurbelung der Wirtschaft durch den Abbau von Investitions- und Handelshemmnissen. Allerdings dienen diese Zonen nicht selten lediglich der Bereicherung der einheimischen Eliten und führen, wie auch im Fall des Landgrabblings, zu Vertreibungen und einer umfassenden Entrechtung der ortsansässigen Bevölkerung.

Links

Dreißig, Daniela: [Honduras: Oberster Gerichtshof erklärt "Privatstädte" für verfassungswidrig](#). *Amerika21*, 26. September 2024.

Kerkow, Uwe / Martens, Jens: Sonderwirtschaftszonen: Entwicklungsmotoren oder teure Auslaufmodelle der Globalisierung? Düsseldorf/Bonn/Osnabrück 2010: DGB-Bildungswerk (PDF).

Reischke, Martin: Sonderwirtschaftszonen in Honduras: Die Neuerung der Bananenrepublik. Deutschlandfunk, 22. November 2017.



Zack Clark: Kinder in Honduras (Wikimedia commons)

Freihandel

"Freihandel" ist ein wohlklingender Begriff. Er hört sich nach "Freiheit" und "grenzenlosem Handel", also nach einem von keiner unnötigen Bürokratie und keinen Zollschränken behinderten Warenverkehr zwischen den beteiligten Ländern an.

Diese Vorteile bietet der Freihandel aber nur dort, wo er erstens zwischen wirtschaftlich gleich starken Partnern erfolgt und wo er zweitens nicht im Interesse multinationaler Konzerne eingeführt wird, die sich davon eine Aufweichung ökologischer und sozialer Standards sowie bestimmter Rechtsstandards versprechen.

Im Verhältnis zwischen wirtschaftlich prosperierenden Staaten und Ländern mit geringerer Wirtschaftskraft führt "Freihandel" dagegen nicht selten dazu, dass die reicheren Länder sich zusätzliche Absatzmärkte verschaffen, auf Kosten einer Entwicklung eigener Produktionsstrukturen in den Zielländern der Exporte. So verstärkt der Freihandel hier im Endeffekt nur deren Abhängigkeit von den wohlhabenderen Staaten und führt damit zur Fortschreibung alter kolonialer Strukturen.

Dies gilt umso mehr, wenn – wie es in der Vergangenheit oft der Fall war – der erleichterte Zugang zu den Märkten in den ärmeren Ländern nicht mit einem entsprechenden Abbau von Zollschränken für den Export von deren landwirtschaftlichen Gütern in die reicheren Länder einhergeht.

Links

Barbière, Cécile: [Umstrittenes EU-Freihandelsabkommen mit Afrika in Kraft](#). Euractiv.fr, 11. Oktober 2016.

Binswanger, Mathias: [Vorsicht, Freihandel!](#) *Zeit Online*, 7. Februar 2017.

Müller, Mariel: [EU-Freihandel mit Afrika: Unfairer Deal?](#) Deutsche Welle, 11. Januar 2017.

Pfaff, Isabel / Piper, Nikolaus: [Freihandelsabkommen: Ursache oder Lösung?](#) *Süddeutsche Zeitung*, 23. November 2016.



Charles Nambasi: Kind in Uganda (Pixabay)

Entwicklungshilfe

Strukturelles Dilemma

Dieser Punkt erscheint zunächst widersinnig. Ist Entwicklungshilfe nicht gerade ein Mittel, um im Kolonialismus wurzelnden Strukturproblemen entgegenzuwirken? Bemühen sich die Industrieländer durch die Entwicklungshilfe nicht gerade um Wiedergutmachung?

Teilweise sind diese Einwände sicher berechtigt. Entwicklungshilfe ist natürlich nicht in jedem Fall etwas, wodurch koloniale Strukturen gefestigt oder neu geschaffen werden. Dadurch, dass die bestehenden Abhängigkeitsstrukturen im Kern nicht angetastet werden, können zuweilen jedoch auch solche Maßnahmen, die als entwicklungsfördernd gedacht sind, das Gegenteil des Beabsichtigten bewirken. Ein Beispiel hierfür wurde bereits oben (unter dem Punkt "Landgrabbing") aufgeführt.

Problematische Kreditvergabepraxis der Weltbank

Dieses strukturelle Dilemma wirkt sich auch sonst vielfach negativ auf die Entwicklungspolitik aus. Ein Beispiel dafür ist die Politik der Weltbank. Erschwerend kommt hier hinzu, dass die Weltbank ihren Statuten nach auf eine Wirtschaftsideologie verpflichtet ist, die gezielt Privatisierungen fördert und an der Erzielung von Gewinnen ausgerichtet ist.

Davon profitieren dann entweder multinationale Unternehmen, oder es kommt zu einer Konzentration ehemaligen Staatseigentums oder quasi hoheitlicher Aufgaben in den Händen lokaler Eliten. In beiden Fällen werden fremdbestimmte, undemokratische Prozesse

unterstützt, und es wird einer ungleichen Verteilung des Volksvermögens Vorschub geleistet.

Hinzu kommt, dass Menschenrechtsstandards bei der Projektvergabe durch die Weltbank eine untergeordnete Rolle spielen. So sind in der Vergangenheit nicht selten Projekte gefördert worden, die soziale und ökologische Standards verletzen oder mit Zwangsumsiedlungen einhergehen.

Die Kritik hieran hat zuletzt zu einer Überarbeitung der Richtlinien geführt. Nach Auffassung von Nichtregierungsorganisationen stellen diese in der Summe jedoch eher einen Rückschritt dar, da sie die Einhaltung von Menschenrechten weitgehend in das Belieben der Empfängerländer stellen.

China als Profiteur des westlichen Kolonialismus-Schattens

Hinzu kommt, dass die Koppelung von Hilfeleistungen an die Einhaltung von Menschenrechtsstandards angesichts der zahlreichen, teils unvollständig aufgearbeiteten und nicht mit substanziellen Entschädigungsleistungen verbundenen Verbrechen aus der Kolonialzeit wenig glaubwürdig erscheint. Vielfach ziehen die Empfängerländer es daher vor, sich von China helfen zu lassen, das sich nicht nur in Asien, sondern auch auf dem afrikanischen Kontinent immer stärker entwicklungspolitisch engagiert.

Die chinesische Kreditvergabe erfolgt weniger bürokratisch, ist aber ebenso an den Interessen des Geberlandes orientiert wie im Fall der früheren Kolonialmächte. Vielfach werden große Infrastrukturprojekte wie etwa neue Bahnverbindungen auf Hochgeschwindigkeitstrassen gefördert. In den Empfängerländern profitiert davon allenfalls die regionale Elite – für den Großteil der Bevölkerung bleiben die Tickets unbezahlbar.

Die Hauptprofiteure sind chinesische Unternehmen, für die auf diese Weise die Exporte in die jeweiligen Regionen und die Ausbeutung der lokalen Bodenschätze erleichtert werden. Die Empfängerländer müssen also die gewährte Hilfe mit einem Verlust ihrer eigenen Reichtümer bezahlen – und geraten durch die teils hohen Kredite in eine weitere Schuldenfalle.

So werden auf diese Weise ebenfalls neue Abhängigkeitsstrukturen etabliert. Diese können von der chinesischen Regierung auch auf der Ebene der internationalen Politik – etwa in der Taiwanfrage – für eine Unterstützung ihrer Interessen genutzt werden.

Die Austeritätsautokratie des IWF

Wie im Fall der Weltbank fußt auch die Arbeit des Internationalen Währungsfonds auf einer Wirtschaftsdeologie, die ein Absehen von Sozialstandards zumindest billigend in Kauf nimmt. Denn sie folgt dem Gedanken, dass nur eine strikte Währungsstabilität wirtschaftliche Prosperität gewährleisten kann.

Die strenge Austeritätspolitik hat regelmäßig zur Folge, dass dem langfristig erhofften Aufschwung das kurzfristige Wohlergehen der Menschen geopfert wird. So werden etwa im Interesse der Stabilität immer wieder Kürzungen im Sozialbereich sowie eine unternehmerfreundliche Lohn- und Arbeitsmarktpolitik gefordert. Von der Verbilligung der Arbeitskraft profitieren dann oft die großen, multinational operierenden Konzerne – deren kurzfristige Investitionsbereitschaft jedoch rasch erlahmt, sobald die Löhne wieder steigen.

Fragwürdige Entwicklungspolitik im Gesundheitsbereich

Selbst ein Bereich der Entwicklungshilfepolitik, von dem man es am wenigsten erwarten würde, ist nicht frei von kolonialen Strukturen: die Gesundheitspolitik. Dies liegt nicht zuletzt an der Zunahme nationaler Egoismen, wie sie in letzter Zeit gerade von dem bis dato wichtigsten Finanzier in diesem Bereich – den USA – vorgelebt worden sind.

Der dadurch bedingte Rückgang der staatlichen Hilfszahlungen hat zur Folge, dass etwa der Etat der Weltgesundheitsorganisation mittlerweile zu einem großen Teil von großen privaten Stiftungen (wie insbesondere der Bill- und Melinda-Gates-Stiftung) finanziert wird. Diese aber verfolgen eine eigene Agenda, die von den Interessen ihrer Geldgeber mindestens ebenso stark beeinflusst ist wie von denen der Bedürftigen.

Die Bill- und Melinda-Gates-Stiftung beispielsweise hat ihr Geld zu einem großen Teil in Aktien gesundheitsschädlicher Softdrink- und Junkfood-Hersteller angelegt. Zudem fördert die Stiftung, ganz im Sinne der Pharmaindustrie, die großflächige Verteilung von Medikamenten, nicht aber strukturelle Veränderungen, die dem Ausbruch von Krankheiten und Hungerkatastrophen vorbeugen könnten. Die strukturelle Abhängigkeit der Hilfeempfänger von den großen Geberländern und -organisationen wird so eher gefördert, als dass zu ihrer Überwindung und zum Aufbau autarker Strukturen in den betreffenden Ländern beigetragen würde.

Noch augenfälliger ist die Beeinflussung der Gesundheitspolitik durch die Interessen der Geldgeber im Fall des Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria, der 2002 auf Initiative der damaligen G8-Staaten ins Leben gerufen wurde. Um die Verteilung von Tabletten und Moskitonetzen (zur Eindämmung der

Malaria) zu optimieren, hat der Fonds sich u.a. mit einer transnational operierenden Brauerei zusammengetan und deren Vertriebsnetz genutzt.

Der Brauerei diene das natürlich zur Imagepflege und Absatzsteigerung, so dass Fortschritte im Kampf gegen die Seuchen hier teilweise mit der Förderung von Alkoholabhängigkeit erkaufte wurden. Außerdem ist Alkohol ein entscheidender Faktor bei der Verbreitung von Infektionskrankheiten, die der Fonds der Idee nach bekämpfen soll – wirkt er doch enthemmend und schwächt die Disziplin bei der Einnahme der Medikamente.

Die geleistete Hilfe ist folglich oft nur vordergründiger Natur bzw. wird durch die Vermischung mit den Interessen globaler Konzerne konterkariert.

Links

Evangelischer Pressedienst: [Kritik an neuen Menschenrechts-Standards der Weltbank](#). Evangelisch.de, 5. August 2016.

Kruchem, Thomas: [Weltgesundheitsorganisation am Bettelstab](#). Das Dilemma der WHO. Deutschlandfunk Kultur, 16. Mai 2017.

Ders.: [Internationale Hilfsorganisationen: Die düsteren Geschäfte privater Sponsoren](#) (Titel des Hörbeitrags: Schillernde Partner. Wie sich ein internationaler Gesundheitsfonds in Interessenkonflikte verstrickt). Deutschlandfunk Kultur, 11. Dezember 2018. [über den Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria]

Mooren, Jan: [Die Weltbank: Ein milliardenschwerer Geldgeber in der Kritik](#). Warburg.de, 25. November 2025.

Reinsberg, Bernhard, interviewt von Liane von Billerbeck: [75 Jahre Internationaler Währungsfonds: Wie die Ärmsten unter Hilfsrediten leiden](#). Deutschlandfunk Kultur, 1. März 2022.

Schmö, René: [Vormacht im Globalen Süden: China feilt an Afrika-Strategie](#). CIO.de, 25. Oktober 2024.

Weydt, Elisabeth: [Umsiedlungs-Projekte – Neue Vorwürfe gegen die Weltbank](#). Deutschlandfunk, 10. Oktober 2018.



Alajillo: Kinder in einem Feld in Mali (Pixabay)

Globalisierung

Transnational operierende Konzerne verdanken ihre Entstehung nicht jenen Trend zu einer immer stärkeren Verflechtung der weltweiten ökonomischen Aktivitäten, den wir als "Globalisierung" bezeichnen. Bereits zuvor haben sie mit ihrer Marktmacht, mit ihrem Knowhow und mit ihrer diskreten Kontaktpflege zu den örtlichen Machthabern dafür gesorgt, dass die Ausbeutung von Bodenschätzen und die Produktion der typischen "Kolonialwaren" auch nach dem Ende der eigentlichen Kolonialzeit in ihren Händen geblieben sind.

Die Globalisierung bietet allerdings auch diesen Unternehmen neue Möglichkeiten, indem sie es ihnen erleichtert, Produktion, Transport und Auslieferung der Waren aufeinander abzustimmen. Weltweite Aktivitäten ermöglichen es zudem, Angebot und Nachfrage besser zu steuern bzw. für die eigene Gewinnoptimierung zu nutzen.

Dies gilt etwa für die künstliche Verknappung mancher Produkte. Umgekehrt können die internationalen Märkte auch mit bestimmten Produkten oder Rohstoffen geflutet werden. In beiden Fällen wird so die Preisbildung an den betreffenden Börsen beeinflusst. Die Leidtragenden sind auch hier die Kleinbauern vor Ort, die auf feste Abnahmepreise angewiesen sind und bei zu intensiven oder zu langen andauernden Preisschwankungen zum Aufgeben gezwungen werden.

Daneben erleichtert die Globalisierung natürlich auch die Ausbeutung von Arbeitskräften, indem das Lohnniveau in einem Land gegen das in einem anderen Staat ausgespielt werden kann. So werden über die Mechanismen der "freien" Marktwirtschaft die alten

sklavenähnlichen Arbeitsverhältnisse zementiert oder neu installiert.

Links

Dohmen, Caspar: [Kakaoanbau in der Elfenbeinküste: Wo Schokolade nicht glücklich macht](#). Deutschlandfunk Kultur, 4. März 2020.

Info-Seite der Hilfsorganisation Oxfam zu [Nahrungsmittelspekulation](#).

Foodwatch: [Agrarspekulation: Die Hungermacher im globalen Rohstoff-Kasino](#).

Henkel, Knut: [Arbeitsbedingungen im Kaffeeanbau \[in Brasilien\]. Schuften für den guten Arabica](#). *Taz*, 28. September 2025.

Heuser, Alessa: [Nahrungsspekulationen – mit Essen spielt man nicht](#). Bundeszentrale für politische Bildung, 6. Oktober 2016.

[Spekulation mit Lebensmitteln](#) als Themenschwerpunkt im Weltagrarbericht.

Lipowsky, Katharina: [Bananenanbau in Kamerun: Wachstum ohne Mehrwert](#). *Taz*, 23. Januar 2017.



Photokaddaffi: Mädchen in traditioneller Kleidung in Kamerun (Wikimedia commons)

Was tun?

Die Fairtrade-Bewegung als Lösungsmodell?

Natürlich stellt sich nach solchen kritischen Betrachtungen immer die Frage, was die Einzelnen gegen die Kontinuität kolonialer Strukturen unternehmen können. Oft wird dann auf die Fairtrade-Bewegung verwiesen, die wenigstens ein Minimum an Anstand und Gerechtigkeit bei Herstellung und Handel mit den entsprechenden Produkten garantiert.

Dies ist grundsätzlich auch nicht falsch. Allerdings darf dabei nicht übersehen werden, dass es mittlerweile zahlreiche unterschiedliche Fairtrade-Siegel gibt, die bei Weitem nicht alle so streng sind wie die Gepa-Normen. Teilweise dienen die entsprechenden Labels nur der Imagepflege der großen Lebensmittelkonzerne, die sich so einen sozialen Anstrich geben. In anderen Fällen stammt nur ein mehr oder weniger geringer Teil des verkauften Produkts aus fairem Handel.

So wird der Gedanke eines grundlegenden humanen Umbaus der Wirtschaftsverhältnisse, wie sie ursprünglich mit der Fairtrade-Idee intendiert war, immer mehr aufgeweicht.

Problematische Verlagerung der Verantwortung

Unabhängig davon verlagert die Aufforderung zum Fairtrade-Einkauf die Verantwortung aber auch allzu sehr auf die Konsumseite. Einzelne Kaufentscheidungen können kaum die Macht entfalten, die großen multinationalen Konzerne zu einer Abkehr von den kolonialen Strukturen zu drängen.

Viele Menschen verfügen darüber hinaus auch nicht über die finanziellen Möglichkeiten, durchgehend die teureren Fairtrade- und Bio-Produkte zu kaufen, und greifen deshalb zu den billigeren Produkten, für die weniger strenge Herstellungsstandards gelten. Deren Preisvorteil beruht aber nicht zuletzt darauf, dass sie in Massenproduktionsweise und unter den entsprechenden ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen hergestellt werden.

So tut sich hier ein Teufelskreis auf. Denn die Fairtrade-Produkte sind ja auch deshalb teurer, weil sie nicht in großer Stückzahl hergestellt werden. Dies ist aber so lange nicht möglich, wie die Massenproduktion den multinationalen Konzernen konkurrenzlos günstige Preise garantiert.

Der einzige Ausweg aus diesem Dilemma wären daher strengere Vorgaben, durch die "Fair Trade", in Verbindung mit strengen ökologischen Richtlinien, zu einem allgemein gültigen Standard für die Produktion erhoben würde. In der Tat ist es ja auch schwer einsehbar, warum Unternehmen, die sich auf eine "unfaire", unökologische Produktionsweise stützen, dafür auch noch mit höheren Gewinnen belohnt werden sollen.

Notwendigkeit eines wirtschaftlichen Paradigmenwechsels

In allen anderen genannten Fällen sind die einzelnen Menschen an der Ladentheke und den Supermarktregalen ohnehin machtlos. Für den Freihandel müssten Normen eingeführt werden, durch die er sich durchgehend an den Geboten der Fairness gegenüber allen Handelspartnern und der strengen Einhaltung von Arbeits- und Umweltschutzrichtlinien zu orientieren hätte. Und Landgrabbing oder Sonderwirtschaftszonen, die Unternehmen durch eine Aufwei-

chung ökologischer und arbeitsrechtlicher Bestimmungen Vorteile bieten, müssten schlicht weltweit geächtet werden.

Letzten Endes bräuchten wir dafür einen kompletten wirtschaftskulturellen Paradigmenwechsel, ein Abrücken von der reinen Marktlogik und der Wachstumsideologie, durch die schwächere Ökonomien stets Gefahr laufen, als Schmieröl für die Wirtschaftsmotoren der reicheren Staaten missbraucht zu werden.

Solange die wohlhabenden Länder durch die beschriebenen Entwicklungen die Armut in vielen Weltregionen selbst befördern, braucht sich allerdings auch niemand zu wundern, wenn die Menschen von dort in die reicheren Regionen der Erde fliehen. Die derzeitige Praxis, ihnen durch immer rabiatare Formen der Grenzsicherung die Fluchtwege zu versperren, gleicht dem Verhalten eines psychopathischen Brandstifters, der nach dem Anzünden eines Hauses dessen Türen und Fenster von außen verriegelt.



Wilhan José Gomes: Afrikanischer Junge (Pixabay)